

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dochterstr. 20. Rieser Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkonto: Leipzig 21992. Sirota Nr. 22.

Nr. 301.

Montag, 27. Dezember 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellung, bei Abholung am Posthalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewerbe für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43. Nummer beträgt 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 10%, Ausschlag, Nachweilungs- und Veranschlagungsgebühr 80 Pf. Feste Caris, Vermittlung Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Mängel eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Dreizehntägige Anzeigengebühren, Erklärer an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irrtümlicher Widrigkeiten des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Döhnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Die nachstehend unter © genannten, bei der zum Zwecke der Erweiterung der Vertriebsanlagen auf Bahnhof Riesa in der Flur Merzdorf stattgefundenen Entschädigungsberechtigten Grundstücksbesitzer haben die bei einem jeden angegebenen Entschädigungsbeträge zu erhalten.

Es wird dies gemäß § 52 des Enteignungsgesetzes vom 24. Juni 1902 mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß diejenigen, die wegen eines dinglichen Rechts an den von der Enteignung betroffenen Grundstücken oder eines darauf bestehenden persönlichen Nutzungs- oder Gebrauchsrechtes Befreiung aus den Entschädigungsberechtigten verlangen wollen, diesen Anspruch innerhalb drei Wochen bei der unterzeichneten Behörde anmelden haben, widrigenfalls der Unternehmer zur Zahlung der Gelder an die Entschädigten berechtigt ist.

Großenhain, am 22. Dezember 1920.  
Die Amtshauptmannschaft.

1. Friedrich Moritz Raundorf	Blatt 42 des Grundbuchs für Merzdorf	6444 M.	75 Pf.
2. Franz Hermann Reichelt	" 44 " " " " " "	6365 "	50 "
3. Alma Ida vbl. Scholz geb. Gehlhaar	" 49 " " " " " "	9448 "	50 "
4. Paul Matzkat	" 50 " " " " " "	4853 "	15 "
5. Reinhold Max Kreschmar	" 54 " " " " " "	5994 "	10 "
6. Ernst Anders	" 55 " " " " " "	3107 "	55 "
7. Thekla Hulda vbl. Hofmann geb. Wittig	" 55 " " " " " "	3188 "	70 "
8. Friedrich Wilhelm Biedermann	" 47 " " " " " "	244 "	25 "

Nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen wird voraussichtlich im Frühjahr Mangel an Saatgut für Brotgetreide und Hafer eintreten. Dem soll nach Möglichkeit abgeholfen werden.

Deshalb ergeht an alle Landwirte, die zu Saatwecken geeignetes Sommergetreide besitzen, das Erntesort, bis längstens den

5. Januar f. J. unter gleichzeitiger Einsendung einer Probe von 100 g hierher anzugeben, welche Mengen sie noch im Besitz haben und ob sie bereit sind, dasselbe mit Genehmigung des Kommunalverbandes an Landwirte im hiesigen Bezirke abzugeben.

Großenhain, am 23. Dezember 1920.  
Die Amtshauptmannschaft.

## Gutterhafer betreffend.

Da die Verteilung von Hafer diesjähriger Ernte seitens des Kommunalverbandes für Herde, welchen nach der Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft 205 a VIII vom 25. September in dem Großenhainer Tageblatt, am 27. September in dem Rieser Tageblatt und am 28. September in dem Rabenburger Anzeiger Hafer zugewiesen wird, infolge mangelhafter Zufuhr auf große Schwierigkeiten stößt, wird den Bezugsberechtigten anbelegentlich, Gesuche um Zuweisung von Hafer früherer Ernten, welcher dem Kommunalverband von der Reichsgetreidekasse zum Preise von M. 100.— pro Zentner ab Lager zur Verfügung gestellt wird, bis 2. Januar 1921 einzureichen. Später eingehende Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Großenhain, am 27. Dezember 1920.  
Die Amtshauptmannschaft.

## Mühlenschließung.

Der Mühlbetrieb von Erich Wötcher in Rechwitz wird hiermit auf Grund von § 71 Absatz 1 der Reichsgetreideordnung vom 21. Mai 1920 bis auf weiteres geschlossen.

Großenhain, am 23. Dezember 1920.  
Der Kommunalverband.

## Karl Legien †.

Reichstagsabgeordneter Legien, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, ist Sonntag morgen gestorben.

Karl Legien war Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und lange Zeit hundert Mitglied des Reichstages. Er wurde am 1. Dezember 1861 in Marienburg (Westpreußen) geboren, als gelernter Drechler hat er in verschiedenen deutschen Städten gearbeitet. Seit 1886 war er tätig in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, zuerst in der Drechlerorganisation, 1890 wurde er Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die damals gegründet wurde, er war Vorsitzender dreier Gewerkschaftskongresse und Schriftleiter des Korrespondenzblattes der Generalkommission. Auch in hiesigen Kreisen Deutschlands wird, wie der „Dresdner Anzeiger“ bemerkt, der Tod dieses hervorragenden Gewerkschaftsführers lebhaft bedauert werden. Verliebt hoch die deutsche Gewerkschaftsbewegung in Karl Legien einen Mann, der ein hohes deutsches und internationales Ansehen genoss und dessen Summe ähnlich wie die des wägen Kammers in sozialistischen Begabungen hiesig in In- und Auslande viel Beachtung fand. Mit Recht wurde Legien bei der Gründung des Reichstages in diese Korporation mit hineingewählt. Legien hat in den letzten Jahren gerade wegen der zusammenfassenden und maßvollen Art, mit der er die wohlverstandenen Interessen der Gewerkschaften zu fördern suchte, von Seiten der Nationalen im sozialistischen Lager lebhaft Anerkennung zu erdulden gehabt. Es steht zu befürchten, daß durch den Tod dieses allen politischen Vorkämpfers, dessen Erfahrung in seinem Fache eine Macht bedeutete, eine schwer erlebbare Wunde in die Führerschaft der deutschen Gewerkschaften gerissen wird und daß sich gerade die Nationalen die Gelegenheit zunutze machen werden, um nimmermehr einen noch größeren Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen und den gewerkschaftlichen Gedanken immer mehr hinter dem rein politischen in den Hintergrund zu drängen. Das innerpolitische Deutschland wird den Tod Karl Legiens nicht ohne Sorge sehen.

## Präsident Ebert über Legien.

Anlässlich des Hinscheidens Karl Legiens hat der Reichspräsident folgendes Schreiben an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gerichtet: Das plötzliche Hinscheiden Karl Legiens, Ihres Vorsitzenden, erfüllt mich mit tiefem Schmerz. Mit Karl Legien sind einer der hervorragendsten Männer Deutschlands ins Grab. Was er in mehr als 30-jähriger tüchtiger Arbeit für die Gewerkschaften der Arbeiter geschaffen hat, ist unvergängliche Kulturarbeit. Überall in der Welt, wo die Gewerkschaften Wurzel gefaßt haben, wird der Tod Karl Legiens tief beklagt werden.

den. Für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ist der Verlust Legiens ein schwerer Schicksalsschlag. Seien Sie meiner herzlichsten Teilnahme versichert.  
Ebert, Reichspräsident.

## Die politische Debatte in der französischen Kammer.

Die französische Kammer nahm am Donnerstag den Regierungsvorschlag zur Bewilligung von zwei Budgetausfällen in Beratung. Der frühere Kriegsminister Lefevre nahm die Gelegenheit wahr, um die Ursachen seiner Demission öffentlich zu erklären. Das ganze Programm Lefevres erschließt sich in dem einen Gedanken: „Deutschland ist der Feind“. Deutschland lese seine Meerestrafen nicht herab, sondern halte sie als Einwohnerverschutz, als Nachsichtwache und als Selbstschutz aufrecht. Insbesondere sei in Bayern, und der kaiserliche Ministerpräsident erkläre ruhig, daß es nicht möglich wäre, die Einwohnerwehren zu demobilisieren. Man veranlasse Schützenvereine, wobei 3000 Bayern mit ihren Gewehren im Paradezug einhergegangen wären. Ein Mitglied des Kabinetts protestierte gegen den Friedensvertrag. Lefevre forderte, Frankreich solle den Krieg sofort erklären. Es wäre richtiger, wenn man die Revision des Friedensvertrages bezüglich der Abrüstung Deutschlands erzwingen könnte. Solange man eine wirkliche Kontrolle über Deutschland nicht ausüben könne, würde die deutsche Industrie fortfahren, Kriegsmaterial zu erzeugen. In Deutschland gebe es noch viele Tausende Maschinengewehre, viele Millionen Gewehre und eine große Anzahl von Kanonen. Die Firma Leitz fabriziere fort, Schützenperspektive zu fabrizieren. Zahlreiche Kanonen mit 77-Millimeter-Kaliber seien verborgen, ebenso Flugzeugabwehrgeschütze und Maschinengewehre gegen Land. Die dauernde Kontrolle Deutschlands müsse aufrecht erhalten werden.

Der französische Ministerpräsident Lefevre sagte in der Kammer, Deutschland habe Hintergedanken, aber trotzdem erfülle es den Vertrag. Frankreich müsse stark genug sein, um die Ausführung des Friedensvertrages zu erzwingen und um jeden Angriffsversuch niederzuschlagen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wies Lefevre darauf hin, daß, da der französisch-englische Schutzvertrag auf Grund des letzten Absatzes des Artikels 429 nicht habe in Kraft treten können, die Befehle des linken Rheinufers nicht zeitlich begrenzt sei. Nach einer Redeung der Sabasagentur sagte Lefevre: Sie sehen, welche Mittel wir zur Verfügung haben! nach dem Echo de Paris aber: Ich danke Herrn Lefevre für diese Aufklärung, die die Ansprache noch klarer macht. Andere Lefevre, antwortete dem Unterstaatssekretär für Luftschiffahrt, Flanzen, sprach von der umfangreichen Herstellung von Flugzeugen in Deutschland und Österreich und hielt seine eigenen Bedenken aufrecht. Kriegsminister Raiberti erklärte, er

glaube im Gegensatz zu seinem Vorgänger Lefevre, daß der Augenblick gekommen sei, die militärischen Kräfte herabzumindern, ohne dadurch die nationale Verteidigung zu schwächen. Lefevre fügte sein Entschließen auf militärische Bedingungen, die schon vor dem Krieg veraltet gewesen seien. (Beifall von der äußersten Linken bis in die Mitte des Hauses.) Gegenüber Lefevre, der gegen den Friedensvertrag von Versailles gestimmt habe, weil er ihn nicht für ausreichend halte, sei er der Ansicht, daß der Vertrag, wenn er vollständig und strikte angewendet werde, mit der Bevölkerung durch das Abkommen von Spa vollstän- genge, um dem Land die Befriedigung zu geben, die es erwarte. Der Kriegsminister verteilte sodann einen Bericht, den er an Marschall Foch gerichtet hat, um ihn zu erwidern. General Nollel bezogungen zu erklären, damit alle Voraussetzungen für den Friedensvertrag, die festgelegt seien, durch Zwangsmaßnahmen beantwortet würden, und jeder Verdacht, der in jener Hinsicht bestünde, unternommen werde. Marschall Foch, Marschall Petain und die Mitglieder des obersten Kriegsrates bürdeten darauf, daß die neue militärische Organisation nicht die nationale Sicherheit in Frage stellen könnte. General Wand Sun erwiderte ihm bei diesen Worten und rief in den Saal, die Frage von 100.000 Mann Soldaten mehr oder weniger werde Deutschland nicht in Schach halten. Deutschland habe 1914 die Bevölkerung durch Brandbomben zu terrorisieren versucht. Deute lege Frankreich in Deutschland und wenn Deutschland unerlaubte Kriegsmittel anwende, wenn es 10 Häuser in Paris niederbrenne, dann werde man dafür 100 in Frankfurt und 100 in Mainz niederbrennen. (Lebhafte Beifall.) Auge um Auge, Zahn um Zahn — das müsse Deutschland wissen, das sei menschlich, denn es sei das einzige Mittel, einen barbarischen Krieg zu verhindern. Abg. Lardieu erklärte, Deutschland habe 95 Prozent seiner Geschütze abgeliert und sei nicht mehr gefährlich. Die Kammer dürfe Deutschland nicht den Grund geben, als wiesse sie an den Mitteln, über die Frankreich verfüge. Hieran ertz. R. nifischepräsident Lefevre das Wort, um die Militärgesetze zu verteidigen. Er stellt fest, daß der abgegangene Kriegsminister sie angenommen habe.

Die Kammer hat am Freitag den Artikel 1 des Gesetzesentwurfes über die Bewilligung von zwei provisorischen Budgetfällen des Budgets des kommenden Jahres mit 511 gegen 64 Stimmen angenommen und sich hierauf am heute Montag vertagt.

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

Deutschlands Dank für die Auslandshilfe. Auslich wird aus Berlin gemeldet: Der Reichspräsident hat an den Reichsfanzler folgendes Schreiben gerichtet: Berlin, den 23. Dezember 1920. Menschenfreundliche Kreise des Auslandes sind seit langem bemüht, der in weiten Schichten anfernd Volk-